

Regierungsbeauftragter Berlin

Berlin, 20. März 1990

Abschlußbericht über die Auflösung des ehemaligen Bezirksamtes für Nationale Sicherheit Berlin

1. Die 1. Etappe der Auflösung der Bezirksverwaltung Berlin des MfS und der zugehörigen Kreisdienststellen erfolgte bis 22. 12. 1989 unter Leitung des ersten Regierungsbeauftragten Dr. Siegfried Wendt. Den Prozeß der weiteren Auflösung der Nachfolgeeinrichtung Bezirksamt für Nationale Sicherheit Berlin wurde danach bis 11. 1. 90 vom Mitglied der Regierungskommission und Vertreter des MfIA Oberst Prof. Rolf Gruner geleitet.

Die Schritte der Auflösung des Bezirksamtes in dieser Etappe waren mitbestimmt von dem Gesichtspunkt des Weiterbestehens von Nachfolgeeinrichtungen des Amtes in Form eines Verfassungsschutzes und eines Nachrichtendienstes auf bezirklicher Ebene. Mit der Entscheidung der Regierung Modrow, entsprechend dem massiv zum Ausdruck gebrachten Volkswillen die vollständige Auflösung des Amtes für Nationale Sicherheit durchzuführen und keine Nachfolgeeinrichtungen zu installieren, ergab sich mit meiner Arbeitsaufnahme als Regierungsbeauftragter nach dem 11. 1. 90 eine neue Situation.

Dementsprechend erfolgten Positionsbestimmungen durch die Regierungskommission, die Staatsanwaltschaft und das zur Kontrolle des Prozesses der Auflösung des Bezirksamtes gebildete Bürgerkomitee. Erforderlich war auch eine Neubestimmung der Haltung der für die Auflösung der Bezirksverwaltung des MfS bzw. des Bezirksamtes für Nationale Sicherheit (und bis zu diesem Zeitpunkt für die Bildung der Nachfolgeeinrichtungen Verfassungsschutz und Nachrichtendienst) eingesetzten ehemaligen MfS-Mitarbeiter.

2. Ab 11. 1. 1990 nahm der Runde Tisch Berlin einen dominierenden Einfluß auf Handlungen zur Auflösung des Bezirksamtes Berlin und seiner Nachfolgeeinrichtungen sowie zur Auflösung der Nachfolgeeinrichtungen des zentralen Amtes für Nationale Sicherheit. Über den Fortgang der Arbeiten wurden durch den Regierungsbeauftragten 10 Berichterstattungen vor dem Runden Tisch Berlin durchgeführt.

Vorrangige Forderungen waren dabei

- die Offenlegung aller Objekte der Staatssicherheit in Berlin
- die Offenlegung der geheimen Nachrichtenverbindungen, vorallem auch zwischen SED und Staatssicherheit

konsequentes Handeln der Regierungskommission hatte zum Ergebnis, daß die geheimen Nachrichtenverbindungen unterbunden wurden und dem Runden Tisch Berlin am 18. 1. 1990 eine erste Liste der Dienstobjekte des MfS auf dem Territorium von Berlin, einschließlich der Objekte der Bezirks-

Durch die Organisierung des Zusammenwirkens von Kräften des Runden Tisches Berlin, der Bürgerkomitees, der Generalstaatsanwaltschaft Berlin und des Präsidiums der VP konnte am 19. 1. 1990 die Gefahr von Spontanaktionen von Bürgern gegen Objekte der Staatssicherheit sowie der angekündigte Warnstreik in Berlin am 22. 1. 1990 vermieden werden.

3. Beratungen und Schlußfolgerungen der mit der Auflösung des Bezirksamtes beauftragten Kräfte zur politischen Entwicklung in der DDR und in der Hauptstadt führten nach dem 22. 1. 1990 zu einem zunehmenden Konsens von Bürgerkomitee, Militärstaatsanwalt, Regierungskommission und den mit der Auflösung beauftragten ehemaligen Mitarbeitern über die weitere Verfahrensweise und ein kooperatives Zusammenwirken zur zügigen Auflösung des ehemaligen Bezirksamtes.

Von Bedeutung war dabei insbesondere die Erarbeitung eines gemeinsamen Standpunktes für die Verbringung der Akten aus den versiegelten Diensträumen in die vorgesehenen geschützten Archivräume im Objekt. Einigkeit wurde dabei erzielt, daß dieser Vorgang unter Mitwirkung der ehemaligen Mitarbeiter der entsprechenden Diensteinheit und unter Kontrolle des Bürgerkomitees und des Militärstaatsanwaltes bei voller Gewähr des Quellen-, Personen- und Datenschutzes erfolgt.

Weiter wurde festgelegt

- die Verbringung von militärischen Ausrüstungen, Fahrzeugen, Nachrichtenmittel sowie jeglichen Akten- und Papiermaterials außerhalb des Objektes unter Kontrolle des Bürgerkomitees und des Staatsanwaltes mit entsprechender Protokollierung
- das Regime für die Durchführung der Entlassungen sowie für das Betreten und die Sicherung des Objektes.

Bewährt hat sich die Übereinkunft mit dem Magistrat von Berlin, die Entscheidungen über die weitere Nutzung der nicht militärischen Ausrüstungen, Gebäude und Objekte sowie Fahrzeuge und Einrichtungen in Arbeitsgruppen des Magistrates unter Mitwirkung des Runden Tisches Berlin herbeizuführen. Durch den Magistrat und den Runden Tisch Berlin wurde auch die Entscheidung zur Nachnutzung des Objektes des ehemaligen Bezirksamtes als Berliner Gesundheitszentrum getroffen.

4. Ausgangspunkt für die Auflösung der Diensteinheiten des ehemaligen Bezirksamtes war die Offenlegung der Struktur, Aufgabenstellung, Raumbelagung und des personellen und materiell-technischen Bestandes sowie die Reihenfolge nach politischen Primaten. Begonnen wurde mit der für die Personenüberwachung- und -überprüfung befaßten Diensteinheiten. Vor Beginn der Arbeiten standen die Leiter der Diensteinheiten dem Bürgerkomitee und dem Militärstaatsanwalt zur Erläuterung ihrer Aufgabenstellung und zur Befragung zur Verfügung.

Mit Stand 15. 3. 1990 sind der Personalbestand und die materiell-technischen Bestände des ehemaligen Bezirksamtes aufgelöst. Die Akten sind vollständig in die von der staatlichen Archivverwaltung zu übernehmenden und durch das PdVP gesicherten Räume untergebracht.

Aufgelöst wurde folgender Personal- und Sachbestand (Hauptpositionen)

Bezeichnung/Größenordnung	Übernahme durch
Personalbestand von 2515 Mitarbeitern	davon
	Nachnutzer: 125 Mitarbeiter
	Zollverw.: 146 "
	Deut.Post: 65 "
	VP : 46 "

Mit Stand 20. 3. 1990 haben 120 Mitarbeiter einen Antrag auf Arbeitslosenunterstützung gestellt.

225 nachgeordnete Objekte

davon 11 Dienstobjekte  
 2 Außenstützpunkte (Zimmer HdM, MfIA)  
 3 " (Zimmer PdVP, U-Haftanstalt, VP-Basdorf)  
 32 konspirative Objekte/Häuser  
 159 " Wohnungen (unbewohnt)  
 18 Freizeit-, Mehrzweck- und Erholungsobjekte

Aus den Verkauf von Einrichtungsgegenständen wurden bisher 200 TM erzielt und überwiesen

Alle Übergaben erfolgten an staatliche Organe

1140 m Schriftgut

Einlagerung in geschützte Archivräume im Objekt (Tiefbunker)

176 Untersuchungs- und Strafakten

Generalstaatsanwaltschaft Berlin

operatives Aktenmaterial Verbrechensbekämpfung  
 (polit. Extremismus, Int. Terrorismus  
 Gewaltandrohung)

PdVP

66,5 t Altpapier

Papierfabrik Schwedt

Bewaffnung  
 darunter 3731 Pistolen  
 1670 Maschinenpistolen  
 (Übergabe bereits per 12. 1. 90 abgeschlossen)

MfIA

Fahrzeugbestand  
 darunter 400 Pkw  
 74 NKW

VEB Maschinenbauhandel über Arbeitsgruppe Magistrat

Militärische Bekleidung und Ausrüstung	NVA
PCD-Material	MfIA
Nachrichtentechnik	PdVP
Pioniertechnik	
Kriminaltechnik, Spezialtechnik	
Spezial Kfz und Entsorgungstechnik	ZV

Mit Stand 15. 3. 1990 sind die detaillierten Unterlagen und Übernahmeprotokolle nach Sachgebieten und Komplexen zusammengestellt und bewertet (ca. 5 Aktenordner) und stehen zur Revision und Nachkontrolle durch den bezirklichen Arbeitsstab zur Verfügung.

5. Mit Stand 15. 3. 1990 ist der bezirkliche Arbeitsstab des zentralen Komitees zur Auflösung des ehemaligen Amtes für Nationale Sicherheit gebildet und arbeitsfähig.

Der Arbeitsstab hat seinen Sitz im zubildenden Berliner Gesundheitszentrum des Magistrates von Berlin als Nachnutzer des Objektes des ehemaligen Bezirksamtes.

Neben den zu leistenden Arbeiten entsprechend Vorgabe des Zentralen Komitees sollten nachfolgende Aufgaben durchgeführt bzw. zum Abschluß gebracht werden:

- Nachkontrolle der Objektübergaben im Zusammenhang mit der Auflösung der Kreisdienststellen,
- Nachkontrolle der Übergaben von Objekten und Gebäuden vor dem 11. 1.
- Abschluß der Zuordnung bzw. Übernahme des Erholungsobjektes Wünsdorf für Nachnutzer "Gesundheitszentrum Berlin" (z. Zt. erhebt die Gemeinde Wünsdorf Ansprüche.)
- Abschluß der Auflösung des Ausweichobjektes Schönfeld/Wesow. Schwierigkeiten ergaben sich hier durch eine nur formal erfolgte Übernahme durch die NVA und dadurch aufgetretenen Inventardifferenzen.



Grampp